

Kritische Betrachtung der 1960er Jahre

[Klausur basiert auf einem Text von Theo Sommer, der Kritik an den herrschenden politischen und gesellschaftlichen Zuständen in der 60er Jahren in der Bundesrepublik formuliert.]

Dass die sechziger Jahre eine „Ära der verderblichen Selbstgefälligkeit“ waren, entspricht zum größten Teil den Tatsachen und war einer der Hauptkritikpunkte der Studentenbewegung 1968. Diese Einschätzung beruht darauf, dass in der Tat die „Gründergeneration“ stolz auf ihre Aufbauleistung nach dem Krieg war, dass aber die notwendige Auseinandersetzung mit der Vergangenheit unterblieb. Das Ende des Jahrzehnts brachte dann den längst fälligen Generationenkonflikt, der aber im übrigen nicht auf die Bundesrepublik beschränkt blieb, sondern sich in der Popmusik (Beatles in England), im Film (Easy Rider, USA 1969), in der Hippie-Bewegung (Musical HAIR, 1969) und auch in politischen Protesten (Studentenunruhen in Paris 1968) äußerte.

In dieser Zeit, vor allem aber in den 50er Jahren, trug das Wirtschaftswunder zu der politischen Stabilität bei, die in der Tat eine angemessene Beherrschung der demokratischen Rituale zeigte, aber im wesentlichen auf dem Konsens über die Priorität des Wiederaufbaus vor der Konfliktbereinigung beruhte. Kurt Georg Kiesinger, der Kanzler der Großen Koalition, vollendete diese Schein-Stabilität, in dem er einen Konfliktpunkt nach dem anderen ausklammerte.

Wenn Sommer allerdings den „Machtverfall der stärksten Partei“ anspricht, dann kann er das nur aus der Position der ersten Erfahrung heraus. Gerade die Geschichte der folgenden Jahrzehnte zeigt, dass jede Partei, die über längere Zeit in der Regierungsverantwortung steht, Verschleiß- und Verkrustungserscheinungen zeigt und sich erst wieder in einer Periode der anschließenden Opposition verjüngen muss. Das Problem der „Kanzlernachfolge“ ist insofern auch ein singuläres Phänomen, als es typisch für die Adenauerzeit war. Dass allerdings die CDU sich der SPD „in die Arme“ geworfen hätte, weil sie mit dem Problem der Nachfolge im Kanzleramt und mit ihren inneren Schwierigkeiten nicht zurecht gekommen wäre, ist eine Sehweise aus dem Blickwinkel der Linken heraus. Für die anstehenden grundsätzlichen Fragen, die Verabschiedung der Notstandsgesetze und der Neuorientierung der Wirtschaftspolitik erschien die Große Koalition den Beteiligten die beste Gewähr, um einen tragfähigen und möglichst großen Konsens zu erreichen.

Wenn Sommer sagt, der „erste Hauch einer Wirtschaftsrezession“ habe den Rechtsradikalen „Millionen von Wählern zugetrieben“, so hat er vom zeitlichen Zusammentreffen sicher recht, die Kausalität jedoch drauf zu beschränken ist sicher nicht ganz korrekt. Damit aber die „Systemtreue des Volkes“ gefährdet zu sehen, geht mit Sicherheit weit über das Ziel hinaus und entspricht eher einer linken Sehweise von 1971 als dem Forschungsstand über Ursache und Wesen des Rechtsradikalismus.

Ebenso zu kurzschlüssig begründet ist im Text das Auftreten der Außerparlamentarischen Opposition, das Sommer mit der Schwäche der innerparlamentarischen Oppo-

sition begründet. Dem ist jedoch entgegen zu halten, dass nicht die fehlende Auseinandersetzung im Parlament den Studentenprotest eskalieren ließ, sondern das Verhalten staatlicher Stellen beim und nach dem Besuch des persischen Schahs 1967 in Berlin. Der Protest richtete sich in weiten Kreisen der Studentenschaft mehr gegen professorales Gebaren und Fahrpreiserhöhungen als dass Stellung zu parlamentarischen Grundfragen genommen worden wäre. Allein die Notstandsgesetze gaben den Anlass, gegen die drohende Übermacht des Staates auf die Straße zu gehen.

Will man die 60er Jahre entgegen Sommers Verdikt positiv sehen, so ist auf die in der Tat vom breiten Konsens getragene Verabschiedung der grundsätzlichen Reformen zu verweisen, vor allem auf die Wirtschaftspolitik, die dann auch schnell wieder den Ausweg aus der Krise fand. Von der politischen Struktur her war die zweite Hälfte des Jahrzehnts eine Übergangszeit, die es der SPD als Partner der großen Koalition ermöglichte, anschließend selbst den Kanzler zu stellen und die Regierung zu führen. Dann konnten auch die bereits in dieser Zeit angelegten großen Reformvorhaben (Ostpolitik, Bildungspolitik) angegangen werden.